

CDUintern

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

und wieder liegt ein bewegtes Jahr hinter uns. Wir glaubten die Corona-Krise schon fast bezwungen, da kamen mit dem menschenverachtenden Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine weit größere Krisen auf uns zu. Die Zerschlagung von Versorgungsketten, explodierende Energiepreise und eine Inflationsrate, welche in der Höhe seit Jahrzehnten unbekannt war. Am CDU Kreispartei-tag haben wir uns der Thematik „Energisch voran!

Energiesicherheit und Klimaschutz zusammen denken“ gestellt. Mit dem Hauptreferenten Andreas Jung MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Klimaschutz und Energie der CDU/CSU und stellvertretendem Bundesvorsitzenden der CDU Deutschlands, hatten wir den richtigen Gesprächspartner. Andreas Jung zeigte auf, dass die CDU pragmatische Lösungen anbieten kann. Auch auf dem Podium mit unserer Landrätin Stefanie Bürkle, der Netze BW und den Stadtwerken Sigmaringen und Bad Saulgau wurden Lösungsansätze herausgearbeitet. Gleiches gilt für die Breitbandförderung.

Beim Neujahrsempfang des CDU Kreisverbandes Sigmaringen wollen wir Ihnen die Gelegenheit geben, unsere Justizministerin Marion Gentges MdL persönlich kennenzulernen und auch die Flüchtlingskrise mit ihr zu besprechen.

Zuvor wünsche ich Ihnen aber eine gesegnete, gnadenreiche Weihnachtszeit, welche uns die Energie schenken möge, uns den Aufgaben im neuen Jahr mit frischer Kraft zu stellen.

In diesem Sinne verbleibe ich
Ihr



Klaus Burger MdL
Kreisvorsitzender

<<<

**Justizministerin
Marion Gentges MdL
kommt!**



**Zum CDU
Neujahrsempfang
am 28. Januar 2023
um 19:00 Uhr
nach Sigmaringen
in die Alte Schule**

**CDU
BaWü**

**Anmeldung bis 23.01.2023
über die Kreisgeschäftsstelle**



Ein anstrengendes Jahr geht zu Ende.

Wir sagen Ihnen Dank für Ihre Unterstützung und das Vertrauen und wünschen ruhige und besinnliche Weihnachtstage. Für das kommende Jahr wünschen wir Gesundheit, persönliches Glück und Gottes Segen.

Klaus Burger MdL, Kreisvorsitzender
Thomas Bareiß MdB
Volker Mayer Ley MdB
Norbert Lins MdEP
Carmen Patock

Aus dem Kreis

Kreisparteitag

Andreas Jung MdB gibt Einblick zum Thema Energiesicherheit und Klimaschutz

Auf Einladung von Kreisvorsitzender Klaus Burger MdL konnte Andreas Jung, Abgeordneter im Bundestag für den Wahlkreis Konstanz, als Referent am 44. Kreisparteitag in Friedberg bei Bad Saulgau gewonnen werden. Jung ist einer der fünf stellvertretenden Bundesvorsitzenden sowie Mitglied im Ausschuss für Klimaschutz und Energie. Er gilt als Experte für klima- und umweltpolitische Fragen innerhalb der Partei.



In seiner Begrüßungsrede ging Burger auf die aktuelle Situation der Krisenbewältigung ein. „Mittlerweile seien Krisen die neue Normalität geworden“, sagte Burger. Nach der Finanz-, Wirtschafts-, Flüchtlings- und Corona-Krise, käme mit dem Ukraine-Russland-Krieg die Energiekrise mit ihren Auswirkungen (z. B. der Inflation) hinzu. Deshalb habe er sich entschlossen, dieses Thema in den Vordergrund der Veranstaltung zu stellen. Deutschland habe Jahrzehnte sehr gut davon gelebt, (Energie-)Rohstoffe, wie Öl und Gas, aus aller Welt beliefert zu bekommen. Deutschland war und ist erfolgreich, innovative Produkte herzustellen und diese in aller Welt zu verkaufen. Dies sei das Fundament für unseren Erfolg und somit Wohlstand. Seit dem 24. Februar mit dem Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine sei dies nun alles anders. Lieferketten seien abge- oder unterbrochen worden und die Energiepreise seien

explodiert. Deutschland müsse sich nun mit dieser neuen Realität auseinandersetzen und geeignete Maßnahmen ergreifen, damit unser Wohlstand nicht gefährdet sei.

In seinem Vortrag ging Andreas Jung MdB zunächst auf die laufenden Verhandlungen im Vermittlungsausschuss zum Thema Bürgergeld ein. Die CDU sei nicht gegen die Anpassung der Sätze, diese müssten durch die Inflationsentwicklung angepasst werden, sondern gegen die Aufhebung des Prinzips „Fördern und Fordern“. Es könne nicht sein, dass zukünftig keine Sanktionen mehr möglich seien. Zudem müsse mehr in die Förderung und Qualifizierung investiert werden, anstatt diese zu kürzen. Die CDU werde hier auf jeden Fall mitgestalten und somit korrigierend einwirken. Auch zum Ukraine-Krieg fand er deutliche Worte. „Wir können da nicht wegschauen“, so Jung. Es ginge um den Frieden und unsere Freiheit, auch in Europa. Seit Februar spüren wir in Deutschland die Auswirkungen des Krieges. Auf Weisung des Kremls habe Gazprom die Belieferung von Gas stufenweise zurückgefahren. Die Versorgungssicherheit müsse hergestellt werden, aber im Einklang mit dem Klimaschutz.

„Die Klimaveränderung vor Ort ist spürbar, in Summe verändert sich etwas“, eröffnete Jung das Thema. Als Christdemokraten haben wir eine Verantwortung zur Bewahrung der Schöpfung. Der Klimaschutz wurde leider in all den vergangenen Krisen vernachlässigt. Deutschland habe hier seine eigenen Ziele verfehlt. Das dürfe in der aktuellen Energiekrise nicht wieder passieren. Er wolle eine konstruktive Politik in der Opposition betreiben, um mitzuhelfen. „Es müsse jetzt alles in den Topf, was an Möglichkeiten vorhanden ist, um die Energiekrise abzumildern“, so der Experte. Die Preisexplosion könne nur aufgehalten werden, und das bestätigten alle Experten zu diesem Thema, wenn alle Ressourcen zur Energieproduktion genutzt werden, auch die Kernenergie. Trotz ihrer Gefahren sei diese nahezu CO2 neutral. Es müsse über das Frühjahr 2023 hinaus gedacht werden, da bis dahin die notwendigen Infrastrukturanpassungen bei weitem nicht abgeschlossen seien. Der Preis sei eine Entwicklung von Angebot und Nachfrage, aber wenn das Angebot reduziert wird, stei-



ge der Preis. Deutschland habe eine Verpflichtung auch in Europa. Wenn wir nicht von Belgien und Dänemark Gas geliefert bekommen würden, wären die Speicher nicht schon gefüllt. Auch Deutschland müsse seinen Teil einbringen, und alle Ressourcen hochfahren, um die Verknappung an Energie zu dämmen. Es braucht eine europäische Solidarität in dieser Frage und nicht nationale Alleingänge. Die angedachte Abschöpfung der Gewinne sei zwar richtig, aber die Ausführung bezogen auf die Erträge sei schlecht gemacht. Wenn sich die Herstellung von Biogas dann nicht mehr lohne, habe Deutschland nichts gewonnen. Es fehle wieder an Strom-Angebot. Die Gewinner seien die großen Mineralölkonzerne und nicht die mittelständischen Biogasbetreiber. Zudem müssten jetzt nicht zertifizierte Photovoltaikanlagen ans Netz zugelassen werden. Bei Zulassungszeiten von fast einem Jahr vergingen wertvolle Monate der Wertschöpfung – auch für das Klima. Die zu lange Diskussion um die Strom-/Gaspreisbremse, wo Monate verloren worden seien, könne nicht sein. Laut Wirtschaftsministerium könne eventuell im März nächsten Jahres damit gerechnet werden. Die Energiekostenpauschale auf alle zu verteilen, sei ebenfalls falsch gewesen: Lieber 1.000 Euro denjenigen zu geben, die es wirklich brauchen, als pauschal 300 Euro an alle. Dies widerspreche auch dem sozialen Anspruch der SPD. Weiterhin müsse die Regierung einsehen, dass Deutschland nicht autark bei der Energieversorgung werden wird. Es müssen die Rahmenbedingungen mit den europäischen Nachbarn erarbeitet werden. <<<

Podiumsdiskussion „Versorgungssicherheit“ beim Kreisparteitag der CDU



Beim 44. Kreisparteitag der CDU konnte Vorsitzender Klaus Burger MdL als Podiumsreferenten Stefanie Bürkle (Landrätin Kreis Sigmaringen), Andreas Jung (Mitglied des Bundestags), Markus Seeger (Stadtwerke Sigmaringen), Thomas Stäbler (Netze BW) und Richard Striegel (Stadtwerke Bad Saulgau) begrüßen.

In ihren Statusberichten gaben Seeger und Striegel einen Einblick in die Strukturen der jeweiligen Stadtwerke. So werden in Bad Saulgau ca. 40 Mio KWh an Strom und ca. 10 Mio KWh an Gas verbraucht. Sigmaringen liegt hier bei ca. 70 Mio KWh Strom und ca. 15 Mio KWh Gas. Zur möglichen Gefahr des Blackouts erläuterte Markus Seeger, dass er eher die Gefahr des sogenannten Brownouts sehe, also eine gezielte stufenweise Abschaltung des Stromnetzes. Zudem mache er

Das Bild zeigt die Expertenrunde von links: Andreas Jung, Thomas Stäbler, Moderator Klaus Burger, Stefanie Bürkle, Markus Seeger und Richard Striegel

Aus dem Kreis

sich weniger Sorgen um die generelle Gasversorgung. Er sähe eher die Gefahr, dass die Bevölkerung versucht durch zusätzliche Geräte einen höheren Stromverbrauch zu induzieren, der dann im Stromnetz Probleme verursacht.

„Der Landkreis Sigmaringen sei“, so Landrätin Bürkle, „sehr gut aufgestellt.“ Mit 74%-Anteil an regenerativen Energien beim Strom sei man landesweit an der Spitze. Die Biomasse und PV-Anlagen seien die Hauptquellen. Mit ca. 68 ha Freiflächen-PV-Anlagen würden ca. 61 MW Strom produziert. Ihr mache vorallem der europäische Artenschutz Sorge, da er die Projektierungen langwierig und teilweise auch unmöglich mache.

Thomas Stäbler von der Netze BW sieht den Ausbau der Windkraft und PV-Anlagen noch lange nicht abgeschlossen. Der Ausbau sei in einer oder vielleicht sogar zwei Dekaden abgeschlossen. Bis dahin seien doppelt so viele Investitionen notwendig. Für ihn gäbe es momentan folgende Schwerpunkte zu lösen: Ausbau der Transportnetze von Strom – Ausbau der Infrastruktur (z. B. in Elektromobilität) – Ressourcenverfügbarkeit von Planungskapazitäten. Hier merkte er an, dass eigentlich die 10fache Kapazität notwendig wäre. Seine Forderung war, dass vorallem Planungs- und Verwaltungsabläufe vereinfacht werden müssen.

Bei der Frage, auf welche Energiequellen man in der Zukunft setze, kam die Windkraft zur Sprache. Die regulatorischen Vorgaben und Flächenvergabeverfahren seien zu aufwändig und zu teuer. Richard Striegel aus Bad Saulgau merkte an, dass vorallem bei den Flächenvergaben der öffentlichen Hand – hier insbesondere das Land als Eigen-



tümer – über die Preisgestaltung nochmals nachdenken müsse. Die Preise seien schlichtweg zu teuer für Investoren. Er regte auch an, über PV-Anlagen in Hochwasserschutzgebieten nachzudenken. Markus Seeger zeigte anhand des Solarparks in Gutenstein auf, dass vom Start der Maßnahme im Jahr 2021 bis zur Fertigstellung in 2025 zu lange Bearbeitungszeiten gebraucht würden. Die Energiekrise brauche kurze und schnelle Umsetzungszeiten, davon sei man leider weit davon entfernt. Dies sähe man auch beim „EcoSig“-Projekt. Mit insgesamt 16 Mio. Euro an Investitionsmittel kämpfe man mit Vorgaben und Gesetze. Die politischen Rahmenbedingungen müssen hier angepasst werden.

Landrätin Stefanie Bürkle gab den beiden Abgeordneten Jung und Burger mit auf den Weg bei gesetzlichen Vorgaben auch mehr Abwägungsspielraum miteinzubauen. Zudem sieht sie Verbesserungsbedarf bei den gerichtlichen Verfahren. Wenn ein Eilverfahren trotzdem über ein Jahr brauche, könne man nicht mehr von Eile sprechen.

Lösungsansätze sieht sie in Schwerpunktaktionen an Gerichten analog den Asylverfahren. Es könnten somit Ressourcen gebündelt und beschleunigt werden. Hier könne das Land die entsprechenden Voraussetzungen als verantwortliche Instanz schaffen. Ebenfalls müsse das europäische Artenschutzrecht angepasst werden. Nicht das Individuum, sondern die Population sei zu schützen und in die Abwägung zu nehmen.

Bei der Frage zur Elektromobilität sieht Stäbler vorallem das Problem, die Infrastruktur auszubauen. Bei prognostizierten 15 Mio. Fahrzeugen bis 2030 müssen vorallem Ladestationen aufgebaut werden. Bei der Netze BW habe man deshalb die Planungsgrundsätze entsprechend angepasst. Über Projekte, wie Ladeverhalten der Kunden, versucht man auch herauszufinden, wann Strom benötigt werde. Er forderte auch, dass Eingriffe, also gezielte Abschaltungen von Netzen in der Zukunft möglich sein müssen, um den Strom gezielt verteilen zu können.

<<<

Kreis-CDU ehrt langjährige Mitglieder am 18.11.2022

Am 44. Kreisparteitag in Friedberg bei Bad Saulgau konnte Vorsitzender Klaus Burger MdL insgesamt 12 Ehrungen vornehmen.

Für **60 Jahre** Mitgliedschaft wurde der ehemalige Stadtrat und stellvertretende Bürgermeister **Anton Kirsch** aus Sigmaringen geehrt.

Zudem durfte Klaus Burger weitere 11 anwesende Jubilare für **50 Jahre** Mitgliedschaft in der CDU ehren. In alphabetischer Reihenfolge sind dies:

Baum Christian, Inzigkofen – **Hermann Karl**, Meßkirch – **Kienzler Eugen**, Bad Saulgau – **Kienzler Hans**, Bolstern – **Messmer Kurt**, Meßkirch – **Reck Helmut**, Mengen – **Rude Hugo**, Herbertin-

gen – **Dr. Schwörer Sophie**, Sigmaringen – **Stropfel Werner**, Sigmaringen – **Wetzel Karl**, Bolstern – **Will Erich**, Bingen

Leider konnten persönlich nicht dabei sein:

Für **65 Jahre**: **Riegger Hubert**, Meßkirch

Für **50 Jahre**: **Aigner Helmut**, Ostrach – **Amann Elisabeth**, Bad Saulgau – **Baumhof Rüdiger**, Wald – **Beil Siegfried**, Stetten a.k.M. – **Brotzer Hans**, Hohentengen – **Brunner Werner**, Stetten a.k.M. – **Büttner Eberhard**, Sigmaringen – **Dammenmiller Paul**, Sigmaringen – **Fester Ulrich**, Sigmaringen – **Gaerte Dirk**, Sigmaringen – **Gönner Hans**, Bingen – **Keller Bernhard**, Herdwangen-Schönach – **Kel-**

ler Manfred, Herdwangen-Schönach – **Mießner Herwart**, Pfullendorf – **Müller Hubert**, Herdwangen-Schönach – **Nipp Konrad**, Wald – **Patzner Hermine**, Sigmaringen – **Pfaff Hermann**, Laiz – **Rebholz Franz**, Kreenheinstetten – **Reinhardt Claus-Dieter**, Bad Saulgau – **Rupp-Eitel Friedrich**, Stetten a.k.M. – **Schellinger Rudolf**, Pfullendorf – **Schlegel Helmut**, Bad Saulgau – **Schmälzle Franz-Xaver**, Meßkirch – **Weis Werner**, Ostrach – **Wetter Eduard**, Meßkirch – **Zimmermann Hans-Jürgen**, Herdwangen-Schönach

Der CDU-Kreisverband Sigmaringen gratuliert allen Jubilaren nochmals recht herzlich. <<<



Das Bild zeigt die anwesenden geehrten Jubilare zusammen mit dem Vorsitzenden Klaus Burger MdL und seinen Stellvertretern (links), sowie Thomas Bareiß MdB und Gastredner Andreas Jung MdB (rechts).

Aus dem Kreis

CDU-Kreisparteitag nimmt Antrag von Klaus Burger MdL an

Auf Antrag des Kreisvorsitzenden Klaus Burger MdL wurde der Antrag „Förderstopp des Bundes beim Breitbandausbau“ behandelt. Arne Zwick, Antragskommissionsvorsitzender und Bürgermeister aus Meßkirch, stellte den Antrag vor.

Am 19. Oktober 2022 habe das Bundesministerium für Digitales und Verkehr das Förderprogramm Breitband-Ausbau kurzfristig gestoppt. Grund hierfür sei, dass die Fördermittel ausgeschöpft seien. Zwick erläuterte, dass auch der Kreis Sigmaringen massiv vom Abbruch der Förderung betroffen sei. Der Landkreis Sigmaringen konnte bis zum 17.10.2022 insgesamt 16 Projekte mit einem Volumen von 173 Mio. Euro einreichen, davon seien 75 Mio. Euro bewilligt worden. Falls das Förderprogramm nicht weiterverfolgt werde, seien sämtliche getroffenen Vorbereitungen und Vorab-Investitionen hinfällig. Zwick erläuterte auch, dass häufig anschließende Programme in den Voraussetzungen verändert würden.

Der Antrag, dass „die Bundesregierung aufgefordert wird, für den Breitbandausbau („Graue-Flecken-Programm“) zusätzliche Mittel bereitzustellen, den Förderaufruf für das jetzige Programm umgehend wieder zu öffnen, sowie für das ab 2023 geplante Nachfolgeprogramm umgehend Klarheit zu sorgen“, wurde einstimmig angenommen.

Herzlichen Glückwunsch Ralph Gerster!



Mit über 77 Prozent der Stimmen wurde Ralph Gerster bereits im ersten Wahlgang zum neuen Bürgermeister der Stadt Pfullendorf gewählt und tritt dort im Januar die Nachfolge von Thomas Kugler an. Neben Landrätin Bürkle war auch der Sigmaringer Landtagsabgeordnete am Wahlabend vor Ort, um zu gratulieren und seine Unterstützung für alle anstehenden Vorhaben zuzusichern. <<<



Bohner Immobilien und Hausverwaltungen

Wir verwalten Ihre Wohnanlage kompetent und zuverlässig.

Am Angel 7 in 72505 Krauchenwies
Tel.: 07576 / 929 942 oder Mobil: 0162 / 63 72 405
E-Mail: Matthias-Bohner@web.de
Web: www.bohner-hv.de



Laser- & Edelstahltechnik GmbH



Riedstraße 15
88356 Ostrach

www.fuerst-laser.de

- Laserschneiden
- Biegen
- Schweißen
- Fräsen

- Treppen
- Geländer

Spatenstich für die neue Bertha-Benz-Schule in Sigmaringen

Ein Meilenstein für die berufliche Bildung im Landkreis Sigmaringen. Im 2025 soll die Einweihung stattfinden und die Schule an den Start gehen.



Einweihung des Hospiz Johannes in Sigmaringen

Ein großer Tag für die Menschen in den Landkreisen Sigmaringen und Zollernalb. Dank des großzügigen Geschenks von Dr. Sophie Schwörer konnte das Hospiz Johannes feierlich eingeweiht und seiner Bestimmung übergeben werden. Sterben ist ein Teil des Lebens. Jeder Mensch hat ein Recht auf Leben in Würde und ebenso ein Recht auf Sterben in Würde. Das bedeutet, dass jeder schwerkranke Mensch mit seinen Vorstellungen, Wünschen und Werten respektiert werden muss - gerade in der letzten Lebensphase. „Dank Dr. Sophie Schwörer können wir nun eine Lücke schließen und der Betreuung schwerkranker und sterbender Menschen einen wichtigen Baustein hinzufügen“, so der Sigmaringer Landtagsabgeordnete Klaus Burger. Die Errichtung eines Hospizes für die Landkreise Sigmaringen und Zollernalb sei für das Ehepaar Schwörer ein wichtiges gemeinsames Anliegen gewesen. Ein Projekt, das noch von Dr. Hermann Schwörer geplant und von seiner lieben Frau Dr. Sophie Schwörer nun realisiert wurde. Burger dankte den beiden Landkreisen Zollernalb und Sigmaringen, die sich gemeinsam zu einer landkreisübergreifenden Entscheidung entschlossen haben und das Projekt unterstützen. „Ohne die Mitarbeit auch der vielen Ehrenamtlichen wäre eine ganzheitliche Sterbebegleitung in unseren beiden Landkreisen nicht möglich, weder ambulant noch stationär. Mein ganz herzlicher Dank und tief empfundener Respekt gilt an dieser Stelle allen, die sich in der Hospiz- und Palliativversorgung für schwerstkranken und sterbende Menschen engagieren und den Angehörigen in schweren Zeiten mit Rat und Tat zur Seite stehen! Dem Förderverein und allen, die zur Realisierung des Hospiz Johannes beigetragen und sich dafür engagiert haben, danke ich ganz herzlich.“, sagte Burger. <<<



Aus dem Kreis | Aus den Ortsverbänden & Vereinigungen

Burger neuer Vorsitzender des Freundeskreis Karolinische Klosterstadt Meßkirch - Campus Galli e.V.

Bei der Hauptversammlung des Freundeskreises Campus Galli wurde der Sigmaringen Landtagsabgeordnete Klaus Burger zum neuen Vorsitzenden gewählt. Burger tritt die Nachfolge des früheren Landrats Dirk Gaerte an, der dem Freundeskreis seit seiner Gründung vorgestanden hatte. Burger dankte dem scheidenden Vorsitzenden und betonte, dieser habe den Förderverein vor zehn Jahren gegründet und bis zum heutigen Tag 462 Mitglieder für den Verein gewonnen. „Respekt für diese Leistung und den jahrelangen ehrenamtlichen Einsatz. Dank auch an das gesamte Vorstandsteam!“, sagte Burger anlässlich seiner Wahl. <<<



CDU Alb-Lauchert Gammertingen



Auf eine große Zuhörerresonanz stieß der Vortrag des CDU-Abgeordneten Norbert Lins, Mitglied des europäischen Parlaments, im Anschluss an die Mitgliederversammlung der CDU Alb-Lauchert Gammertingen im Hotel Kreuz. Das Thema „Ernährungssicherheit in Deutschland“ sprach vor allem die in der Landwirtschaft Tätigen an, denn diese müssen sich schließlich mit den mehr oder weniger sinnvollen Verordnungen der EU-Kommission auseinandersetzen. Als Beispiel nannte Lins die Reduktion von Pflanzenschutzmitteln, die an und für sich sinnvoll sei, aber in der kleinbäuerlichen Produktion sowieso weniger eingesetzt werden. Auch die überzogenen Regelungen zu Schutzgebieten würden gegen die bestehende Landwirtschaft eingeführt. Die Produktion von sogenannten Bio-Produkten benötige mehr Fläche bzw. hat weniger Ertrag. Eine Steigerung dieser Produkte würde mittelfristig schon dazu führen, dass Deutschland ein Getreideimporteur werden müsste, mit den bekannten Folgen, wie man sie jetzt bei der Energielieferung sehe. Problemkreise wie Holzheizungen/Pellets, Tierhaltung, CO2- Erzeugung und „Landwirtschaft und Gewässerschutz“ wurden angesprochen und diskutiert und am Ende der Diskussion kam von einem Zuhörer wohl die Frage aller Fragen: wie will man in diesen Zeiten mit den ganzen Einschränkungen überhaupt noch junge Menschen für die Landwirtschaft gewinnen und begeistern? Hat dieser Beruf für diese überhaupt noch eine Zukunft? Darüber müsse man natürlich sehr ernsthaft nachdenken. Es gab auch noch Ehrungen. Geehrt wurden für 40-jährige Mitgliedschaft Sepp Vogelsang, Karl-Josef Bögle, Anton Maier, Karl Götz, Dieter Simmendinger und Helmut Sauter. <<<



Unser Bild zeigt von links Landtagsabgeordneten Klaus Burger, stv. Vorsitzender Andreas Schwörer, Josef Vogelsang, Karl-Josef Bögle und Europaabgeordneter Norbert Lins.

Mitgliederversammlung des CDU-Ortsverbandes Aach-Linz

Pfullendorf/Aach-Linz: Am Montag, den 14.11.2022 konnte zur Freude aller Anwesenden - im nun schon 50. Jahr seines Bestehens - die jährliche Mitgliederversammlung des CDU-Ortsverbandes Aach-Linz im Vereinsheim der TSV Aach-Linz wieder als Präsenzveranstaltung stattfinden. Neben einer stolzen Anwesenheit von über der Hälfte der Mitglieder durfte der Vorsitzende Edgar Benkler als Gast auch Volker Mayer-Lay, MdB begrüßen.

Nach den informativen Berichten aus dem Ortschafts- und Gemeinderat zu den dominierenden Lokalthemen (Nutzung des Krankenhauses, Baulandentwicklung, Haushaltsentwicklung, u.v.m.) kamen auch die großen internationalen Entwicklungen sowie die landes- und bundespolitischen Schwerpunkte zur Ansprache, welche von Volker Mayer-Lay auch bereitwillig vertieft und ausgeführt wurden und allen Anwesenden einen nicht alltäglichen Einblick in das politische Schaffen und Wirken ermöglichte. In offener und angeregter Diskussion wurde die gern zitierte „kommunale Verwurzelung“ erlebbar gestaltet und auch mit dem einen oder anderen Augenzwinkern nicht gespart. In offizieller Mission hatte Volker Mayer-Lay noch die Freude und Ehre eine Mitgliederehrung vornehmen zu dürfen. Aufgrund der pandemischen Ausgangslage wurde dem ehemaligen Vorsitzenden des Ortsverbandes Aach-Linz, Herrn Emil Gabele nach inzwischen schon 42 Jahren die Urkunde und Ehrennadel in Silber für dessen 40-jährige Mitgliedschaft überreicht, von welchen er allein 23 Jahre Funktionär im Vorstand des Ortsverbandes tätig war. Edgar Benkler und Harald Gröner überreichten im Namen des Ortsverbandes einen Geschenkkorb, was erwartet wie erhofft noch die eine oder andere Anekdote aus den vergangenen Jahrzehnten OV-AL nach sich zog.

Volker Hecht



Aus den Ortsverbänden & Vereinigungen

Glühwein, Lagerfeuer und politischer Diskurs auf der Jahreshauptversammlung der CDU Meßkirch

Den Fokus auf Diskussion, Zusammenkunft und Gespräche legte der Stadtverband Meßkirch bei seiner Jahreshauptversammlung. Die notwendigen Formalien wurden rekordverdächtig kurz gehalten, so blieb viel Raum für den politischen Austausch.

Die Zusammensetzung des Vorstands ist nun jünger und weiblicher. Im Amt bestätigt wurde die erste Vorsitzende Susanne Bix. Ilona Boos und Anna-Maria Merz als zweite Vorsitzende, Janina Rieger als Schriftführerin und Insa Bix als Schatzmeisterin komplettieren den Vorstand. Als Beisitzer bestätigt wurde Christian Fecht und Rita Hafner-Degen, neu hinzu kamen Thomas Herboren und Patrick Braun. Annette Schweizer und Manfred Amann übernehmen das Amt der Kassenprüfer für

eine weitere Wahlperiode. Aus dem Vorstand verabschiedet wurden Karl Hermann und Joachim Buuk, ihr Engagement wurde mit großem Beifall gewürdigt. Karl Hermann wird weiterhin die Homepage des Stadtverbandes betreiben. Unglaubliche 50 Jahre lang ist er bereits Mitglied in unserer Partei. Bei der Jahreshauptversammlung ergriff er das Wort und sprach den Mitgliedern aus der Seele, als er die Bürgerpflicht des politischen Engagements für unsere Demokratie benannte und unterstrich, was die CDU für ihn ausmacht: Pragmatische, ideologisch befreite Ansätze und der christliche Wertekatalog.

Die Bogenschenke Arcus Silva in Meßkirch, Location der Meßkircher Hauptversammlung, thront auf einem Hangrücken hoch über Meßkirch und

gewährt einen wunderbaren Ausblick über die historische Altstadt und die wachsende Gemeinde. Vor dieser Kulisse versammelten sich die Mitglieder im Anschluss an die Wahlen um ein Lagerfeuer. Glühwein wurde ausgeschenkt, bei einer Tasse blieb es nicht. Dies mag die Diskussion befeuert haben, die bundespolitische Themen genauso wie lokale Angelegenheiten umfasste. Wie schaffen wir es, mehr Klimaschutz in die Union zu bringen? Wie können wir Jugendlichen



einen sicheren und sauberen Treffpunkt in Meßkirch bieten? Wie wäre es mit einer gemeinsamen Stadtputzete im Frühjahr, bei der alle Bürgerinnen und Bürger mit anpacken?

Mit vielen Ideen bereichert kann die neue Vorstandschafft nun ans Werk gehen. Der nächste spannende Aufschlagpunkt: Das 75-jährige Jubiläum des Stadtverbandes, das am 02. Februar im Schloss Meßkirch zusammen mit Festredner Andreas Jung gefeiert wird – Save the date! <<<



Der neue Vorstand. Auf dem Bild fehlt Ilona Boos, Rita Hafner-Degen und Christian Fecht.

„... dann muß man nachsteuern!“ - Christoph Heneka in Aftholderberg

Den Geschäftsführer des Naldo-Verkehrsverbands, Christoph Heneka, hatte der CDU-Ortsverband Herdwanen-Schönach vergangene Woche als kompetenten Referenten zum regionalen ÖPNV zu Gast (Verkehrspolitik ist schließlich Politik vor Ort), diesmal wieder im Gasthaus Frieden in Aftholderberg. Auch ohne die Aufschlüsselung „Neckar-Alb-Donau“ kennt eigentlich jeder das seit zwanzig Jahren laufende Erfolgsmodell mit dem griffigen Namen, dessen Kernaufgabe in der Koordinierung und Vereinheitlichung der Leistungen der regionalen Verkehrsbetriebe in unserem übergeordneten Regionalraum besteht. Immerhin eineinhalb mal so groß wie das Saarland ist dieser bis zur Metropolregion Stuttgart reichende einheitliche Tarifraum, wie Heneka erläutert, und zur Verdeutlichung nochmals klarstellt: „Uns gehört kein einziger Bus!“ - Naldo ist quasi eine Managementgesellschaft mehrerer Landkreise, die für rund 350 Bus- und Bahnlinien mit etwa 70 Millionen Fahrgästen im Jahr Marketing und Vertrieb koordiniert. Seit zwei Jahren ist der gebürtige Karlsruher Geschäftsführer in der Zentrale in Hechingen - und war damit gleich zu Beginn mit den einschneidenden Corona-Einschränkungen konfrontiert, die gerade die Verkehrsbetriebe vor große Herausforderungen stellten. Der ÖPNV sei eine spannende Sache, so der Macher-Typ Heneka, und man müsse eben nachsteuern, wenn sich die Umstände kurzfristig änderten. So auch aktuell

mit den nach dem Gießkannenprinzip gesteuerten 9-Euro- bzw. 49-Euro-Ticket-Aktionen der Bundesregierung: Grundsätzlich positiv für den Fahrgast (Heneka: „Ein echter Knaller!“) konterkarierten solche verordneten Wohltaten eben halt auch innovative Marketingaktionen der Verkehrsverbände, sprich spezielle Ticket-Modelle. Für Heneka ein „Schwachpunkt im System“ und nicht zu Ende gedacht: „Ich halte das nicht für smart“. Klimaziele und Verkehrswende seien große Worte, für den ÖPNV prognostizierte er, daß dessen Finanzierung trotz hoher Kundenzufriedenheit komplexer werde und das Risiko vom Bund auf die Länder übergehe, welche es wiederum auf die Kreise abwälzten. Für eine anvisierte Verdoppelung des öffentlichen Verkehrs habe man bei weitem keine Kapazitäten. Hier brauche es einen langen Atem. Der im Publikum anwesende Noch-Bürgermeister Herdwanen-Schönachs, Ralph Gerster, lobte den Verkehrsverbund ausdrücklich: Die 500ter Linie sei ein Erfolgsmodell, zusammen mit dem Rufsmeltaxi sei dies ein Quantensprung gewesen, auf den seitens der Seeanrainer aber auch mit Argusaugen geschaut werde. Das Thema treibe die Leute um, meinte denn auch Ortsverbandschef Simon Klaiber abschließend und dankte dem sympathischen Referenten, welcher seinerseits bescheiden die Naldo-Aufsichtsratsvorsitzende, Landrätin Stefanie Bürkle, herausstellte, welche für ihn mit Naldo absolut „auf der Überholspur“ sei. <<<



Christoph Heneka in Aftholderberg: „Wir dürfen Geld nicht rauschmeißen, es muß auch einen Effekt haben.“ Mit genügend „Marschverpflegung“ verabschiedete man den Referenten mit einem Augenzwinkern auf die Heimreise. (Bild: Klaiber)

Aus dem Landtag von Baden-Württemberg

Strategiedialog Landwirtschaft in schwierigem Umfeld gestartet. Krise als Chance nützen.

In jeder Krise steckt auch eine Chance, so ein japanisches Sprichwort. Krisen gibt es aktuell mehr als genug, weshalb die CDU-Landtagsfraktion fest entschlossen ist, die Chancen im Bereich der baden-württembergischen Landwirtschaft mit allen betroffenen Akteuren aufzuspüren und anzupacken.

Bürger, der Informationsfluss in der Nahrungsmittelkette. Hier gilt es, das Wissen aus allen Bereichen – von den Erzeugern über die verarbeitenden Betriebe und den Handel bis hin zu den Verbrauchern – zusammenzuführen. Nur wenn jeder vom anderen weiß und Sachkenntnis aus dessen Bereich hat, wächst das Verständnis füreinander und kann es zu Verbesserungen innerhalb des gesamten Prozesses kommen.

Notwendig ist eine gute, zukunftsorientierte Strategie, um die noch bestehenden Strukturen zu erhalten und neu auszurichten. Als Beispiel nennt der Sigmaringer Abgeordnete den Schweinemarkt, der sich derzeit in einem radikalen Umbruch befindet. Die schweinehaltenden Betriebe sehen sich einer Kumulation von Problemen gegenüber und steigen reihenweise aus der Produktion aus. „Doch fehlen erst einmal die Fleischerzeuger, bringt dies auch erhebliche Auswirkungen auf alle nachfolgenden Bereiche der Lieferkette mit sich“, verdeutlicht Klaus Burger.

Im durch das Staatsministerium initiierten und am 23. September offiziell gestarteten „Strategiedialog Landwirtschaft“ hat das Ministerium ländlicher Raum in zwei der fünf Foren die Moderation inne. Minister Peter Hauk sieht durchaus Chancen, die Wertschöpfungsketten gemeinsam mit der Biodiversität zu verbessern und zu stärken. Als Sonderberater im Strategiedialog berief Ministerpräsident Winfried Kretschmann die Abgeordneten Martin Hahn (Grüne) und Klaus Burger (CDU).

„Ich freue mich sehr auf diese Aufgabe und den auf eineinhalb Jahre angelegten Dialog“, so Burger in einer Pressemitteilung. Vorgesehen ist, dass die Ergebnisse im Sommer 2024 in einer Endpräsentation dargestellt werden. Zusammen mit seiner Stellvertreterin als AK-Vorsitzender, Sarah Schweizer, hat Burger bereits in einige Foren hineingehört. <<<



Sie suchen eine neue Aufgabe?

knöpfe Druck

gestaltet. druckt. veredelt.

Zur Verstärkung unseres Teams suchen wir ab sofort eine/n

Offsetdrucker oder Medientechnologie Druck (m/w/d)

Bewerben Sie sich mit aussagekräftigen Unterlagen, am besten noch heute!

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage
www.knoepfle-druck.de/jobs

Wir freuen uns auf Sie!

Bootshaus Sigmaringen unter den 10 Besten im Land



Herzlichen Glückwunsch! Aus fast 600 Bewerbungen schaffte es das Bootshaus Sigmaringen unter die ersten 10 Plätze. Mit dem Slogan „Stillstand ist nicht so mein Ding“ stellte Soufyen Charni das Projekt Bootshaus vor. Um Arbeitskräfte zu bekommen, kümmert sich das Unternehmen um die Wohnungen für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und will jetzt für diese auch Wohnungen bauen. Das deckt sich mit den einflussreichen Worten des Staatssekretärs Dr. Patrick Rapp MdL: „Wenn du helfende Hände suchst, findest du diese am schnellsten an den eigenen Armen.“ <<<

LACHEN. FEIERN. LEBEN.

Ein Haus ist mehr als ein Dach über dem Kopf. Es ist der Ort, an dem das Leben spielt. Haus Anne, das wir in Kooperation mit DAS HAUS in der neuen FertighausWelt Schwarzwald realisiert haben, ist genau der Ort für alle Facetten des Lebens und alle Generationen – nachhaltig, wohngesund, bezahlbar. **Wann sprechen wir über Ihre Träume?**

MONEY
FAIRSTER FERTIGHAUS-ANBIETER
SCHWÖRERHAUS
Wann eine Anzeige erscheint: ab dem 01.01.2022
In Text: 32 Fertighaus-Anbieter in Deutschland
Ausgabe: 08/2022

Capital
TOPHERSTELLER FERTIGHAUS
SCHWÖRERHAUS
Wann eine Anzeige erscheint: ab dem 01.01.2022
In Text: 32 Fertighaus-Anbieter in Deutschland
Ausgabe: 08/2022

DIE WELT
Club der Besten
Im Qualitätsmanagement
SCHWÖRERHAUS
Wann eine Anzeige erscheint: ab dem 01.01.2022
In Text: 32 Fertighaus-Anbieter in Deutschland
Ausgabe: 08/2022

Schwörer Haus
Hier bin ich daheim

www.schwoererhaus.de

Aus dem Landtag von Baden-Württemberg

LEADER-Aktionsgruppen für die neue EU-Förderperiode 2023 – 2027 verkündet

Zur Bekanntgabe der LEADER-Aktionsgruppen für die neue EU-Förderperiode 2023 – 2027 sagte der Sigmaringer Landtagsabgeordnete Klaus Burger: „Dass die Aktionsgruppe Oberschwaben, die Region Mittleres Oberschwaben wie auch die Mittlere Alb in die Förderkulisse aufgenommen wurden, freut mich sehr, da nun in der kommenden Förderperiode der gesamte Landkreis profitieren kann. Das ist ein wichtiges Signal für den ländlichen Raum. Entscheidend waren hier die guten Anträge und Konzepte. Für der LEADER-Gruppe Oberschwaben war auch der gute Mittelabfluss, die bisherige effektive, innovative und vielschichtige geleistete Arbeit mitentscheidend. Ich bin mir sicher, dass unsere Raumschaft mit LEADER weiter an Attraktivität gewinnen wird. Insofern bin ich sehr dankbar für die Entscheidung. Als

Mitglied von LEADER Oberschwaben habe ich mich im Land für die Weiterführung stark gemacht. Denn LEADER wird aufgrund der schwieriger gewordenen Rahmenbedingungen für unseren Landkreis in der nächsten Förderperiode noch wichtiger werden. Allen LEADER-Akteuren danke ich herzlich für ihr Engagement in der Sache.“

Die ländlichen Regionen seien wichtige und attraktive Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsräume. Das EU-Regionalentwicklungsprogramm LEADER trage mit seinem großen bürgerschaftlichen Engagement erheblich dazu bei, diese zu stärken und weiterzuentwickeln.

„In Baden-Württemberg mangelt es nicht an innovativen und kreativen Strategien für den Ländlichen Raum. Das haben die eingereichten regionalen Entwicklungskonzepte der Bewerberregio-

nen eindrucksvoll gezeigt“, betonte Minister Hauk bei der Bekanntgabe im Neuen Schloss in Stuttgart. Die regionalen Entwicklungskonzepte bildeten das Kernstück für die Bewerbung als LEADER-Aktionsgruppe (LAG). 20 Bewerberregionen haben ihre Entwicklungskonzepte mit breiter Bürgerbeteiligung, auch unter erschwerten Bedingungen während der Corona-Pandemie, erstellt. Nach einer gutachterlichen Bewertung stimmte ein unabhängiges Auswahlgremium, das zu gleichen Teilen aus Wirtschafts- und Sozialpartnern sowie Vertretern der Verwaltung bestand, für die Aufnahme aller 20 Regionen in die LEADER-Förderkulisse.

Neben dem Klimaschutz wird auch das Thema Grundversorgung mit regionalen Produkten einen besonderen Schwerpunkt in der bevorstehenden LEADER-Förderperiode bilden. „Der Ländliche Raum steht vor großen Herausforderungen. Große Zukunftsaufgaben wie beispielsweise die Digitalisierung, die nachhaltige Daseinsvorsorge oder den Klimaschutz, können wir nur mit einem leistungsfähigen Ländlichen Raum lösen. Programme, wie LEADER, geben unseren Regionen wichtige Instrumente an die Hand, um mit innovative Lösungen und kreative Konzepte diesen Aufgaben begegnen zu können“, sagte Minister Hauk.

Den LEADER-Aktionsgruppen stehen in der Förderperiode 2023-2027 nun insgesamt rund 46 Millionen Euro EU-Mittel zur Verfügung. Somit verfügt jede LEADER-Aktionsgruppen für die Umsetzungsphase von fünf Jahren über ein EU-Mittelbudget von 2,3 Millionen Euro. Das Land unterstützt LEADER mit weiteren 12,5 Millionen Euro aus dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR). Das bedeutet zusätzliche 625.000 Euro je LAG. Hinzukommen noch Landesmittel aus den Programmen Innovative Maßnahmen für Frauen und der Landschaftspflegegerichtlinie. <<<



Neue Regiobuslinie von Bad Saulgau nach Pfullendorf erweitert das ÖPNV-Angebot im Landkreis

Das Verkehrsministerium fördert 2022 zehn neue Regiobuslinien. Das Regiobusnetz wächst damit auf 46 Linien an und erreicht rund ein Drittel Länge des Schienennetzes. Erfreulich für den Landkreis Sigmaringen ist, dass auch die neue Linie zwischen Bad Saulgau und Pfullendorf in die Förderung aufgenommen ist. „Die Verbesserung des ÖPNV im ländlichen Raum ist mir eine Herzensangelegenheit“, sagte der Sigmaringer Landtagsab-

geordnete Klaus Burger anlässlich der Bekanntgabe. „Ein tragender Pfeiler ist der Ausbau der Buslinien. Die bisher unterrepräsentierte Achse Bad Saulgau – Ostrach – Pfullendorf wird mit der neuen Regiobuslinie nun deutlich gestärkt.“

Insgesamt nimmt das Land für die Stärkung der Regiobuslinien 26,6 Mio. Euro in die Hand. Mit dem bereits seit 2015 bestehenden Förderprogramm Regiobusse unterstützt das Land die Stadt-

und Landkreise dabei, Orte ohne direkten Schienenanschluss mit attraktiven, schnellen und hochwertigen Buslinien im Stundentakt an den SPNV anzubinden und bestehende Lücken im Schienennetz zu schließen. „Mit den Regiobussen erweitern wir das Nahverkehrsangebot in der Fläche und ermöglichen gerade Gemeinden in ländlichen Räumen eine attraktive, verlässliche und schnelle Anbindung von frühmorgens bis spätabends“, so Klaus Burger.

Auf den Regiobuslinien verkehren schnelle und für die Fahrgäste komfortable Busse, die mit Klimaanlage, Niederfluranteil, WLAN und USB-Steckdosen ausgestattet sind. Sie fahren in der Regel an Wochentagen in der Zeit von 5 Uhr bis 24 Uhr, an Samstagen von 6 Uhr bis 24 Uhr und an Sonntagen von 7 Uhr bis 24 Uhr im Stundentakt. Sichere Anbindungen an den Schienenverkehr und Wartezeit auf verspätete Züge sind gewährleistet. <<<



SNUGY BANK

HOLZ SCHMID
INDUSTRIEVERPACKUNG

Ilgentaler Straße 7
88605 Sauldorf/Boll
07777 / 9302-0
info@holz-schmid.de
www.holz-schmid.de



Bauen Sie auf das stärkste Fundament von allen: Vertrauen.

www.stocker-bau.de

 **STOCKER**

Volker Mayer-Lay

Bilanz über ein Jahr Ampel-Koalition: ein schwieriges – aber auch ein verlorenes Jahr!

Genau vor einem Jahr – im Dezember 2021 – wurde Olaf Scholz zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Somit trat auch die erste so genannte „Ampel-Bundesregierung“ ihren Dienst an. Zu diesem Zeitpunkt konnte noch niemand ahnen, mit welchen Herausforderungen sich die neue Bundesregierung recht bald auseinandersetzen musste. Ukrainekrieg, Energieknappheit, steigende Preise, Flüchtlingswelle und natürlich weiterhin Corona sind nur einige der wichtigsten Probleme, die sich ab Februar 2022 auftrüben. Um eines klarzustellen: Es ist sicherlich nicht einfach, mit einer derartigen Fülle von Herausforderungen und quasi im permanenten Krisenmodus zu regieren und vor allem zu handeln. Allerdings darf man von einer gewählten Bundesregierung erwarten, dass sie einen Plan hat und letztlich so agiert, dass es den Menschen in unserem Land nutzt und diesen hilft.

Allerdings ist dies – nicht nur meiner Meinung nach – in der momentanen Situation leider überhaupt nicht gegeben. Die Bundesregierung hat bei vielen Vorhaben und Maßnahmen wertvolle Zeit vergehen lassen, bevor sie dann versucht durch Aktionen, die sich schnell als zumeist planlos und wenig zielführend erweisen, so zu tun, als ob sie etwas unternimmt. Allerdings sind häufig mehrere Anläufe notwendig, bis eine Maßnahme zielgenau und passend umgesetzt wird. So beispielsweise beim Ziel der Reduktion des Gaspreises. Zuerst wird ein handwerklich schlecht konzipierter Entwurf für eine „Gasumlage“ vorgelegt, der große Bevölkerungsgruppen wie Rentner oder Studenten, aber auch die kleinen und mittleren Unternehmen außer Acht lässt. Dann wird eine Gaspreiskommission eingesetzt, die erst im frühen Herbst ein Zwischenergebnis ihrer Arbeit vorlegt. Dabei wäre eine frühere, zielgerichtete und spürbare Entlastung von Privathaushalte und Unternehmen dringend erforderlich gewesen. Das nun im Raum stehende Volumen von 5 Mrd. € für eine Einmalzahlung im Monat Dezember, erscheint mir mit Blick auf die Entlastungswirkung für diesen Winter leider nur sehr ungenügend zu sein, da die weiteren Maßnahmen größtenteils erst nach der Heizperiode greifen. Und das ist wirklich niemandem zu erklären. Denn hätte die Bundesregierung im Bereich der Energiepolitik rechtzeitig gehandelt, dann gäbe es bereits früher in diesem Winter die Möglichkeit einer Gaspreisbremse. Stattdessen war die Gaspreiskommission gezwungen, die Einmalzahlung an alle Gaskunden als Notinstrument vorzuschlagen. Die Untätigkeit bzw. das „Bummeln“ der Ampel-Regierung hat für viele Menschen und Unternehmen leider reale Folgen: Sie erleben Existenznot.

Dabei bewerte ich auch die Höhe der Erstattung des Abschlags für Dezember auf Basis des Abschlags im September kritisch, da viele Haushalte die massiven Preiserhöhungen erst mit der Einführung der lange geplanten Gasumlage zum 1. Oktober 2022 erhalten haben. Bereits jetzt steht daher für uns fest: Preisbremse und Eimalzahlungen ersetzen nicht die Notwendigkeit der Nutzung aller Potenziale der Energieerzeugung. Und hier kommt ein weiterer Schwachpunkt der sehr ideologischen Ampel ins Spiel. Unnötig lange Zeit konnte man sich nicht auf eine Verlängerung der Laufzeit der Kernkraftwerke durchringen. Dass nun im April endgültig Schluss mit der Stromge-

winnung aus Kernkraft sein soll, halte ich – in Anbetracht der aktuellen Situation – nicht nur für unglaublich unüberlegt und kurzsichtig. Denn: Wir wissen schlicht und einfach noch nicht, wie sich die Strom- und Energieversorgung über den anstehenden Winter tatsächlich entwickelt. Alleine schon aus diesem Grund halte ich es für fatal, aus rein ideologischen Gründen, manch bestehende Option zur Energiegewinnung von vorneherein auszuschließen. Denn letztlich können nur durch eine Steigerung des Energieangebots die Preise auch wieder fallen. Darüber hinaus kommt es im Gesamtkonzept zu den Energiepreisen auch darauf an, Antworten auf Preissteigerungen bei anderen Energieträgern wie etwa bei Strom, Öl und Holz-Pellets zu geben. Denn auch diese wurden und werden immer teurer und es ist daher notwendig, auch die Nutzer anderer Energieträger als Gas entsprechend der jeweiligen Notwendigkeiten zu entlasten. Eine ausschließliche Förderung der Gaskunden ist unfair.

Generell finde ich das durch die Ampel immer wieder betriebene Prinzip der Verteilung von Geld an alle „mit der Gießkanne“ sehr bedenklich. Dies geht am eigentlichen Ziel vorbei, denn die wirklich Bedürftigen kommen zu kurz, ebenso wie in Not geratene Leistungsträger und Unternehmen. Leider ist die „Gießkanne“ Ausdruck einer linken Verteilungssystematik, der sich bedauerlicherweise auch die FDP als Koalitionspartner nicht entziehen kann.

Ein – selbst objektiv betrachtetes – weiteres Armutszeugnis für die Regierungspolitik ist es, wenn sich die Parteien der Ampel-Koalition bei wichtigen Entscheidungen inzwischen regelmäßig nicht einig werden und letztlich erst der Bundeskanzler mit einem Machtwort – unter Nutzung seiner so genannten „Richtlinienkompetenz“ für klare Verhältnisse sorgen muss. Die von ihm, durch sein „auf den Tisch hauen“, unterschiedene Laufzeitverlängerung der aktuell noch in Betrieb stehenden drei Atomkraftwerke in Deutschland bis ins kommende Jahr, ist zweifellos richtig (wenn auch zeitlich zu begrenzt). Dies kann man bei der Entscheidung über die Beteiligung eines chinesischen Staatsunternehmens am Hamburger Hafen leider nicht sagen. Aber es steht fest, dass beide „Machtworte“ vielsagend für den Zustand der Bundesregierung sind. Bundeskanzler Scholz legt Dinge im Alleingang fest.

Hinzu kommt Scholz' fragwürdiges und eigenartiges Verständnis von Demokratie und internationalem Engagement Deutschlands. Neben der bis heute lediglich halbherzigen Unterstützung der Ukraine im Kampf gegen den russischen Einmarsch zeigte sich das auch an seinem Verhalten gegenüber China. Denn kurz nachdem sich Chinas Präsident – oder inzwischen besser gesagt „Diktator“ – Xi Jinping vom inszenierten Volkskongress der Kommunistischen Partei erneut zum Staatspräsident der Volksrepublik China hat „wählen“ lassen, stattete ihm Scholz als erster Staats-



chef überhaupt einen offiziellen Besuch ab. Leider wirkte dieser Besuch, obwohl Themen wie Menschenrechte, die Unterdrückung von Minderheiten oder die offene Kriegsdrohung gegenüber Taiwan durchaus angesprochen wurden, trotzdem sehr stark wie ein Beschwichtigungsversuch. Deutschland muss sich seiner großen Bedeutung bewusst werden und vor allem klare Bedingungen für Handel und wirtschaftlichen Austausch mit anderen setzen – dabei aber auch die Absicherung der eigenen Wirtschaft in den Mittelpunkt seines Handelns stellen.

Und auch bei anderen Themen macht die Bundesregierung eine schlechte Figur. Sie distanziert sich nur halbherzig von den aggressiven Klima-Protesten der selbst ernannten „Letzten Generation“. Und dies, obwohl nun das passiert ist, wovon zahlreiche Fachleute schon seit längerer Zeit gewarnt haben: Rettungswege werden blockiert, weshalb Rettungskräfte erst deutlich später am Einsatzort eintreffen und so Menschenleben gefährden. Auch wenn der Zeitverlust vielleicht oft nicht ausschlaggebend ist, so ist das Signal, das davon ausgeht fatal! Ich möchte eines klarstellen: Friedlicher und wegen mir auch drastischer Protest ist legitim und in einer Demokratie von allen Seiten auszuhalten – egal, ob man mit den Zielen des Protests übereinstimmt oder nicht. Nötigung und die Beschädigung bzw. Zerstörung von Dingen, beispielsweise von Kunstwerken, überschreitet allerdings rote Linien und gehört definitiv nicht zu den Formen eines Meinungsaustauschs oder Protestes im demokratischen Kontext. Bislang erfolgt die Strafverfolgung hier leider nur in einem sehr überschaubaren Rahmen, oft wird sehr kulant vorgegangen. Daher hat sich diese Art der Strafverfolgung nicht bewährt, weshalb wir uns als Unionsfraktion hier für eine klare und vor allem stärkere Antwort des Rechtsstaates auf diese Straftaten einsetzen und hierfür dreimonatigen Freiheitsentzug als Mindeststrafe für Straßenblockierer und Museumsrandalierer fordern.

Kurz gesagt kann man als Bilanz eines Jahres Ampel-Koalition letztlich eigentlich nur zu folgendem Schluss kommen: Von einem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland mitsamt seiner Bundesregierung dürfen wir alle – insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Krisen und Herausforderungen – deutlich mehr erwarten! <<<

Aus dem Deutschen Bundestag

Thomas Bareiß

Bei der Sigmaringer Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung Haus Nazareth –



... zusammen mit dem CDU-Generalsekretär Mario Czaja und Sigmaringens Bürgermeister Dr. Marcus Ehm

Thomas Bareiß hat sich sehr über das Gespräch im Haus Nazareth gefreut. Nach einer kurzen Vorstellung übernahm Peter Baumeister, Direktor des Haus Nazareth, das Wort und platzierte Themen, die die Kinder- und Jugendhilfe derzeit vor extreme Herausforderungen stellt. Corona-Nachwirkungen, Kriegssituation, Inflation und explodierenden Energiekosten geben den Krisen-Dauermodus wieder: „Wir kennen uns mit Krisen aus, sind dafür vorbereitet und qualifiziert dafür, jedoch geht uns ohne politische Unterstützung bald die Kondition aus“, so Baumeister. Auch hätte die Einrichtung zusätzlich noch mit dem akut anhaltenden Fachkräftemangel zu kämpfen. Auch sind die Plätze in den stationären Wohngruppen bis zum Limit belegt. „Ein Luftholen und beruhigtes Durchatmen ist den Mitarbeitenden aller Bereiche nicht möglich.“

„Was dennoch unübersehbar war: die Belegschaft ist mit viel Engagement und vor allem Herz dabei. Für ihren Einsatz bin ich allen Mitarbeitern sehr dankbar! Die Situation ist nicht leicht, vor allem aufgrund der drastischen Energiekosten. Die Politik darf die Menschen hier jetzt nicht alleine lassen! In beiden Entlastungspaketen der Ampel waren Kinderheime jedoch nicht berücksichtigt. Das finde ich wirklich unglaublich. Die Arbeit ist essentiell und die Mitarbeiter leisten heute schon Unglaubliches. Auch hat das Kinderheim durch ein internes Einsparkonzept schon viel eingespart, da es hierfür keine finanziellen Reserven gibt. Ich werde dieses Thema mit nach Berlin nehmen und weiterhin Druck für echte Entlastung machen.“

Ihre Arbeit für die Kinder- und Jugendhilfe in allen umliegenden Landkreisen ist von größter Notwendigkeit!“, so Thomas Bareiß. <<<

Zu Gast bei der Katholischen Kindertagesstätte Sankt Maria in Mengen

Seit vielen Jahren fördert der Bund die sprachliche Bildung in Kitas. Kitas mit hohem Anteil an förderbedürftigen Kindern konnten so bisher eine zusätzliche Fachkraft beantragen, die bei der sprachlichen Integration der Kindern hilft.

Jede 10. Kita in Deutschland hat einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Kindern mit Förderbedarf. Es gibt also eine enorme Nachfrage. So wurden in 6.900 Kitas durch 7.500 zusätzliche Fachkräfte mehr als 500.000 Kinder gefördert! Unumstritten – die sprachliche Förderung ist ein Erfolgsmodell. Eines, das die Ampel zum Jahresende ersatzlos streichen will. Und damit setzt sie nicht nur die so wichtige Bildung und Integration sehr vieler Kinder aufs Spiel, sondern auch die Stellen des zusätzlichen Fachpersonals in den Kitas, das dringend benötigt wird.



Jede 8. Kita ist mittlerweile eine Sprach-Kita. Das Geld wird für die Weiterbildung fehlen – wie ist also die Perspektive der Menschen dort?

„Ich war zusammen mit Bürgermeister Stefan Bubeck bei der Katholischen Kindertagesstätte Sankt Maria in Mengen zu Gast. Hier werden Kinder in 18 verschiedenen Sprachen betreut. Das Gespräch über die Methoden der liebevollen Integration der Kinder war sehr aufschlussreich: so gibt es bspw. Vorlesewochen und gemeinsame Frühstücke. Es hat aber auch gezeigt: das ist keine leichte Aufgabe und braucht Zeit und Ressourcen! Und genau deshalb herrscht auch hier Unverständnis über den Förderstopp. Die großen Verlierer sind die Kinder, für die Sprache die Grundlage für einen erfolgreichen Schulstart bildet. Und all das zu einem Zeitpunkt, wo zusätzlich noch zahlreiche Kinder aus der Ukraine betreut werden müssen!

Sprache ist Schlüssel zu gelungener Integration. Gerade an dieser Stelle zu kürzen, ist mir absolut unverständlich, es ist kurzsichtig, unverantwortlich und sozial ungerecht.“ <<<

Bei der Breitbandversorgungsgesellschaft rBLS mbH&Co.KG in Sigmaringen

„Der Förderstopp der Ampel für den Breitbandausbau hat auch hier für großes Entsetzen gesorgt. Denn ohne die Fördermittel ist der kommunale Ausbau gefährdet, der aber Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land essentiell ist! So viel zum Thema Fortschrittskoalition!

Der Austausch bei der BLS hat gezeigt: ohne geht es nicht! Wir brauchen diese Infrastruktur auch auf dem Land, nicht nur in der Stadt, vor allem in Zeiten von Homeoffice und Co. Man könnte fast meinen, die Ampel denkt nicht über die Großstädte hinaus.

Ich habe mich in den vergangenen Jahren tatkräftig und unbeirrt für den Breitbandausbau in meinem Wahlkreis eingesetzt und bin deshalb entsetzt über die Nachricht des Stopps. Die Kommunen vor Ort haben auf eine Förderung vertraut und können jetzt nicht enttäuscht werden!“, so Thomas Bareiß' Fazit. <<<



Im Gespräch mit Dr. Marcus Ehm zur aktuellen Situation der LEA in Sigmaringen

Aufgrund der aktuellen Situation hat sich Thomas Bareiß mit Dr. Marcus Ehm, Bürgermeister der Kreisstadt Sigmaringen, getroffen. Er macht sich große Sorgen um die Situation in der Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) in Sigmaringen.

Nachdem im Herbst 2015 2.800 Flüchtlinge in der einer ehemaligen Kaserne untergebracht waren, hatte sich in den letzten Jahren – dank zurückgehender Flüchtlingströme - die Lage beruhigt. Aufgrund des Krieges in der Ukraine hat sich die Stadt Sigmaringen bereit erklärt, einer Belegung bis zu 1.250 Personen zuzustimmen. Die Zustimmung einer Belegung über die ursprünglich vereinbarten 875 Plätze hinaus wurde im Lichte der Annahme gegeben, dass diese durch Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine erfolgt - das hatte auch in der Bevölkerung eine sehr breite Akzeptanz und Rückhalt.

Doch wie ist der aktuelle Stand? Vom Land wurde nun eine neue Höchstbelegung von 2.100 Plätzen festgelegt, darunter sind keine Frauen und Familien aus der Ukraine. Auch sind von der aktuell untergebrachten 1.844 Personen insgesamt 1.353 Männer (Stand 24.10.) Besonders bedrohlich wird empfunden, dass diese stets als größere Gruppe auftreten. Auch aus der Hochschule Albstadt-Sigmaringen - und das wurde mir leider so auch schon von besorgten Bürgern berichtet - hat es bereits Vorfälle



Aus dem Deutschen Bundestag

gegeben, die dazu führen, dass weibliche Studierende sich abends nicht mehr in die Stadt trauen und über einen Studienplatzwechsel nachdenken. Unabhängig von einzelnen Vorkommnissen innerhalb der LEA, wie zuletzt ein Großeinsatz der Polizei als 100 Menschen aneinander geraten sind, berichten mir die Menschen aus der Stadt, dass die Zustände für sie mittlerweile unerträglich geworden sind.

„So geht es nicht weiter. Wir müssen die Sorgen und den Unmut der Bürger aus Sigmaringen ernst nehmen und eine verträglichere Lösung zu finden. Sigmaringen ist eine Stadt, die um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das bürgerschaftliche Engagement sehr bemüht ist. Aber 2.100 Personen in der LEA sind für eine Kleinstadt mit 13.000 Einwohnern in der Kernstadt einfach zu viel und können ein Arbeiten auch im Sinne der Flüchtlinge und einer Integration nicht möglich machen!“, so Thomas Bareiß. <<<

Die Einweihung und feierliche Übergabe des Hospiz Johannes

Thomas Bareiß war es ein großes Anliegen, bei der Einweihungsfeier und feierlichen Übergabe des Hospizes Johannes an den Betreiber St. Elisabeth-Stiftung des in Sigmaringen dabei zu sein.

„Unbestritten, Tod und Sterben sind Grenzbereiche, an die viele von uns nicht gerne denken und die wir meist im Alltag verdrängen. Doch der Tod gehört zum Leben, er ist der letzte Teil des Lebens. Dabei gibt uns Christen unser Glaube Halt - im Kleinen wie im Großen. Dr. Hermann Schwörer, ehemaliger Unternehmer und langjähriger Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Zollernalb-Sigmaringen, hat in besonderer Weise im Glauben gelebt und daraus Kraft und Zuversicht geschöpft. Für uns Christen ist Nächstenliebe und Verantwortung für

unsere Mitmenschen ein ganz wichtiger Auftrag. Diese Nächstenliebe kommt im neuen Hospiz Johannes in Sigmaringen in besonderer Weise zum Ausdruck. Denn mit dem Hospiz wird etwas Großartiges geschaffen.

Ich bin mir sicher, viele Menschen werden in diesem Haus einen Segen sehen und viele werden hier Hilfe und Frieden finden. Ich freu mich sehr, dass ich über Sophie Schwörer in den letzten Jahren immer über den aktuellen Stand und die Entstehung eingebunden war. Ich war beeindruckt, mit welchem Engagement und großer Liebe zum Detail Sophie Schwörer dieses Hospiz vorangetrieben hat. Ohne sie wäre das alles nicht möglich gewesen. Dank Ihrer außergewöhnlichen und großzügigen Unterstützung wird in Zukunft vielen Menschen aus unserer Heimat ein begleitendes und damit würdiges Sterben ermöglicht. Mit dem Hospiz Johannes wird vielen Kranken; Alten und Sterbenden sowie deren Angehörigen in ihren vielleicht schwersten Stunden ihres Lebens beistehen.

Noch zu Lebzeiten war es Dr. Herrmann Schwörer und seiner Frau Dr. Sophie Schwörer ein großes Anliegen, durch ein landkreisübergreifendes Hospiz für den Zollernalbkreis und Sigmaringen den Menschen das Abschiednehmen in vertrauter Umgebung zu ermöglichen. Und bereits zu Lebzeiten war es Herrmann, der stets ein offenes Ohr für die Anliegen der Menschen in unserer Heimat hatte. „Ich bin immer für Sie da“ - das war sein Leitspruch und dieser ist bis heute bei den Menschen unvergessen.“ <<<

Beim Jubiläum der Stadtmusik Saulgau

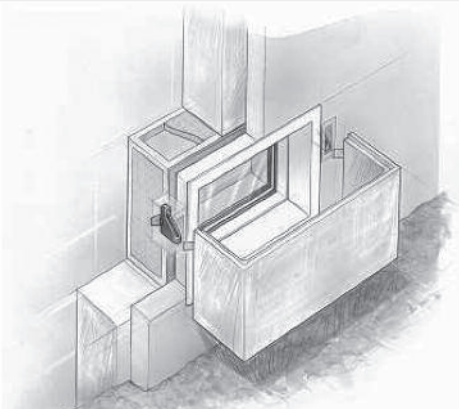
„Wieder einmal konnte ich erleben, wie ehrenamtlich engagiert die Menschen bei uns sind. Beim Jubiläum der Stadtmusik Saulgau konnte ich zu stolzen 200 Jahre bestehen gratulieren. Über 50 aktive Musiker und knapp 600 passive Mitglieder stehen für viel Leidenschaft für die Musik, gelebtes Ehrenamt, Brauchtum und Heimat und ganz besonders: Eine super Gemeinschaft.

Bei der Gewerbeschau des Handels- und Gewerbevereins in Ostrach gab es viel zu sehen. Die freiwillige Feuerwehr hat ihr Können gezeigt. Es gab aber auch viel Handwerk, Handel und Gewerbe. Schön, dass so viele Bürger Interesse zeigten. Insgesamt war der Tag der Gewerbeschau ein voller Erfolg, für Besucher und Aussteller. Herzlichen Glückwunsch!“, freute sich Thomas Bareiß. <<<

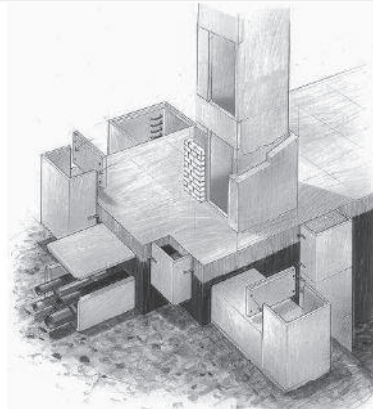


Bernhard Jäger Betonwerk GmbH & Co. KG
Donaustr. 3
88512 Mengen

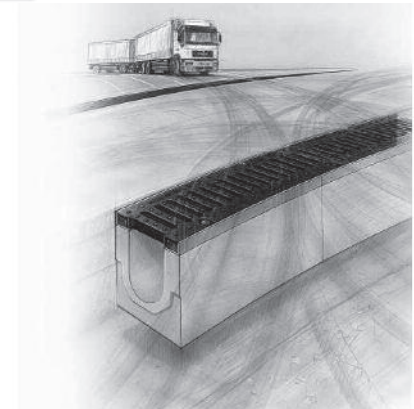
JÄGER
BETONTEILE



Kellerfenster- und Lichtschachtsysteme



Beton-Fertigteilschächte



Entwässerungssysteme

Herausgeber:
CDU-Kreisverband Sigmaringen
Karlstraße 28, 72488 Sigmaringen, Tel. 07571 12345, Fax 07571 50629
E-Mail: cdu-kv-sig@t-online.de

Verantwortlich:
Kreis: Carmen Patock, Kreisgeschäftsführerin

Verlag, Gesamtherstellung und Anzeigenverwaltung:
Knöpfle Medien UG (haftungsbeschränkt), Winnender Straße 20, 71522 Backnang
Telefon 07191 34338-0, Fax 07191 34338-17, E-Mail: info@knoepfle-medien.de
Geschäftsführerin: Martina Knöpfle
Realisierung: Reiner v. Bronewski, E-Mail: info@knoepfle-medien.de
Anzeigen: Dieter Klauke, E-Mail: anzeigen@knoepfle-medien.de

Beauftragter für die Insertion: Karl Wodniok, E-Mail: karl-wodniok@web.de

Bezugspreis: CDUintern ist das offizielle Mitteilungsblatt des Kreisverbandes Sigmaringen. Es erscheint in der Regel 3-monatlich und wird den Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft ohne besondere Bezugsgebühr geliefert.

Absender: Knöpfle Medien UG | Winnender Straße 20 | 71522 Backnang

Norbert Lins

Schnell und unbürokratisch helfen

Liebe Freundinnen und Freunde der CDU,

der Krieg in der Ukraine dauert nun schon seit Februar 2022 an, und die Politik diskutiert über viele verschiedene Maßnahmen, mit denen man der Krise beikommen könnte. Unternehmen, Bürgerschaft, Vereine, Organisationen, alle brauchen jetzt eine Antwort, wie es weitergehen kann. Eine rasche Zukunftsperspektive tut Not.

Unionsfraktionschef Friedrich Merz hat kürzlich im Deutschen Bundestag erklärt, dass „die EU möglicherweise vor der größten Bewährungsprobe ihrer Geschichte“ stehe. Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen bräuchten jetzt Erfolge im Sinne wirksamer Hilfen. Und nicht erst im Frühjahr 2023. Doch das Arbeitsprogramm der EU sehe immer neue Vorgaben und Vorschriften vor. Merz forderte: „Wir brauchen jetzt ein Belastungsmoratorium für die Unternehmen in der EU und in Deutschland. Jetzt brauchen die Menschen eine klare Perspektive. Jetzt brauchen die Menschen und Unternehmen eine klare Antwort, wann sie denn mit Entlastungen rechnen können. Weil die meisten nicht mehr allzu viel Zeit haben.“

Ich gebe Friedrich Merz recht. Kleinteilige Vorgaben und Vorschriften überfordern die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger. Hilfen müssen jetzt greifen, und nicht erst in ein paar Monaten. Gleichzeitig ist es gut, wenn die EU-Mitgliedstaaten begreifen, dass sie alle in einem Boot sitzen. Es kann nur eine geeinte europäische Antwort auf die russische Aggression gegeben. Gemeinsam kann die EU Stärke zeigen und auf die Herausforderungen reagieren. Auch wenn die Gaspreisbremse erst einmal gut klingt, sind viele Punkte nach wie vor ungeklärt. Wie können Menschen, die eine Öl- oder Pelletsheizung nutzen, entlastet werden? Wie können beispielsweise Rentnerinnen und Rentner und Studierende in der Energiekrise gezielt entlastet werden?

Immer neue Verordnungen und Richtlinien haben die EU als Bürokratiemonster verschrien. Geplant hatte die EU-Kommission, dass für jede neue Verordnung eine bestehende Verordnung aufgehoben wird. Dieser Plan ist bisher nichts als ein nettes Ziel. Es dürfen keine neuen bürokratischen Hürden aufgebaut werden, sondern bestehende Hürden sollten systematisch abgebaut werden. Neue Regelungen gehören zunächst einmal gestoppt. Gleichzeitig sollten viele Betriebe unbürokratisch Unterstützung erhalten. Auf allen Ebenen muss die Politik für Entlastung sorgen.

Konkrete Vorschläge gehören jetzt umgesetzt. Unkonkrete Vorgaben und Ideen ohne Zeitrahmen helfen in der aktuellen Situation niemandem weiter. Kurzfristige, nationale Marktinterventionen werden die Probleme nicht aus der Welt schaffen. Es geht darum langfristige Lösungen zu finden. Die EU ist gut beraten, wenn sie auf eine gesamteuropäische Lösung setzt. Wir brauchen



Norbert Lins während einer Pressekonferenz im Europäischen Parlament im Juni 2022. © European Union 2022 - Reference: 20220622EP133883AARO041.

ein europäisches Belastungsmoratorium. Wenn wir den gemeinsamen Energiemärkten stärken, wird es uns auch gelingen die Unabhängigkeit und die Resilienz der EU zu stärken.

Ihr Norbert Lins

<<<

Weihnachtsgrußwort

Liebe Freundinnen und Freunde der CDU,

dieses Jahr war mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, den stark steigenden Energie- und Verbraucherpreisen und bangen Blicken auf die Lebensmittelversorgung kein einfaches Jahr. Die Verunsicherung bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern ist überall zu spüren und wirkt sich auf das Kaufverhalten aus. Zugleich ist die Situation aufgrund von Corona nicht mehr so dramatisch wie 2020/2021, Veranstaltungen und Treffen konnten zum Großteil ohne Einschränkungen stattfinden, das Leben verläuft wieder in den gewohnten Bahnen. Doch mir ist natürlich bewusst, dass die Normalität noch längst nicht überall zurückgekehrt ist. Krankenhäuser, Pflegeheime, Kindergärten, Kindertagesstätten und das Gaststättengewerbe klagen über akuten Personalmangel. Energieintensive Unternehmen, Mittelständler und das Traditions Handwerk werden von Zukunftsängsten geplagt. Gemeinsam mit allen EU-Mitgliedstaaten arbeiten wir auf der Europäischen Ebene an Lösungen. Ich bin zuversichtlich, dass wir auch diese Krise gemeinsam meistern werden. Was wir brauchen ist eine gesamteuropäische Lösung. Dann wird es uns gelingen, die EU unabhängiger zu machen und zu stärken. Ich wünsche Ihnen, dass Sie trotz der Herausforderungen dankbar für dieses Jahr sein können. Kleine Lichtblicke gibt es jeden Tag, wenn man bereit ist sie zu sehen. Und so wünsche ich Ihnen einen zuversichtlichen Blick in die Zukunft und einen guten Jahresausklang. Frohe und gesegnete Weihnachten und alles Gute für das Jahr 2023 wünscht Ihnen

Ihr Norbert Lins

<<<

BAD & WÄRME
TYBORSKI GmbH

Moosheimer Str. 53 · 88348 Bad Saulgau
Tel. 07581 48736-0 · Telefax 48736-66
info@tyborski.eu · www.tyborski.de

